

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Christine Scheel, Oswald Metzger und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der vereinbarten Debatte

Maßnahmen für mehr Beschäftigung in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Senkung des Solidaritätszuschlages um 2 Prozentpunkte soll nun u. a. durch die Einführung einer neuen Steuer auf Risikolebensversicherung gegenfinanziert werden. Durch die neue Steuer erhöhen sich die Kosten der privaten Vorsorge für die Haushalte schlagartig um 15 %.

Die neu einzuführende Steuer auf Risikolebensversicherungen ist kein Beitrag zur Beschäftigungssicherung, weil sie damit die Erwartungen auf weiter steigende Steuer- und Abgabenbelastung verstetigt und somit keinen Beitrag für eine Stärkung der Investitionsneigung leistet. Sie verunsichert die Bevölkerung nur noch weiter, verringert die Kaufkraft der konsumstarken unteren Einkommensgruppen und verstärkt damit die Tendenz der Konsumzurückhaltung – eine der entscheidenden Ursachen für die Binnenmarktschwäche.

Die neu einzuführende Steuer auf Risikolebensversicherungen ist auch ungerecht, weil gerade kleine und mittlere Einkommenbezieher und Familien mit Kindern auf eine Risikolebensversicherung als echte Hinterbliebenenfürsorge angewiesen sind, belastet werden. Gleichzeitig profitieren Geringverdiener nur geringfügig von der Senkung des Solidaritätszuschlages. Umgekehrt gehören die Besserverdienenden zu den Profiteuren dieser Senkung und können das Geld dann noch in eine Kapitallebensversicherung investieren, deren Erträge – steuersystematisch falsch und sozial ungerecht – steuerfrei bleiben.

Eine Absenkung des Solidaritätszuschlages kann eine umfassende, aufkommensneutrale und sozial gerechte Einkommensteuerreform ersetzen. Sie bleibt aus beschäftigungspolitischen Gründen auf der politischen Tagesordnung.

II. Der Deutsche Bundestag lehnt aus beschäftigungs- und sozialpolitischen Gründen die Einführung einer neuen Steuer auf Risikolebensversicherung ab.

Bonn, den 2. Oktober 1997

Kerstin Müller (Köln)

Christine Scheel

Oswald Metzger

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion